

Die Schweiz und die Partnerschaft für den Frieden

Autor(en): **Perrig, Igor A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **163 (1997)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-64673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

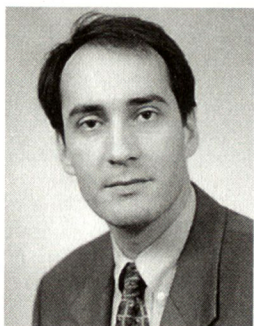
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz und die Partnerschaft für den Frieden

Igor A. Perrig

Am 11. Dezember 1996 hat der Vorsteher des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten, Bundesrat Flavio Cotti, in Brüssel das Rahmen-dokument der «Partnerschaft für den Frieden» unterzeichnet. Im April 1997 wird der Vorsteher des Eidg. Militärdepartementes, Bundesrat Adolf Ogi, das «Individuelle Partnerschaftsprogramm» der Schweiz in Brüssel überreichen. Die konkrete Zusammenarbeit wird damit beginnen. Was bedeutet das konkret für die Schweiz und die Schweizer Armee?



**Igor A. Perrig,
Dr. phil.,
Hauptmann,
Referent Sicherheitspolitik
im Stab des Generalstabschefs,
Bundeshaus Ost, 3003 Bern.**

Politischer Schritt

Die Ziele der schweizerischen Sicherheitspolitik sind im «Bericht 90»¹ und im «Armeeleitbild 95»² nachzulesen.

Die Partnerschaft für den Frieden (PfP) baut auf diesen Zielen, insbesondere dem «Beitrag zur Stabilität und Frieden, vornehmlich in Europa». Der Bundesrat unterstrich aber klar, dass dies nicht als Weg zur NATO-Mitgliedschaft zu verstehen sei.

Die Schweiz hielt deshalb im Präsentationsdokument fest, dass sie von ihrer bewaffneten Neutralität nicht ab-rücken und der NATO nicht beitreten werde.

Unterstrichen wurde dies zudem damit, dass die Schweiz eine Teilnahme mit Truppenteilen an Feldübungen mit militärisch- und verteidigungspolitischer Zielsetzung im Rahmen ihrer Teilnahme an PfP ausschliesst. Ebenfalls hat die Schweiz den im Rahmen-dokument vorgeschlagenen Zusammenarbeitsbereich der militärischen Kooperation und Standardisierung zur Erreichung der Interoperabilität explizit von ihren Partnerschaftszielen ausgeklammert.

Es wird hingegen betont, dass die Entscheidung, sich an PfP zu beteiligen, auf dem Wunsch beruht, die Zusammenarbeit zur Förderung von Sicherheit und Frieden mit Partnerstaaten, im Sinn und Geist der traditionellen Politik der «Guten Dienste» sowie in Ergänzung zum Engagement in der OSZE und im Europarat auszubauen.

Damit wird deutlich, dass die schweizerische Teilnahme an PfP vor allem ein politischer und nicht ein militärischer Schritt ist.

¹Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel. Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz, vom 1. Oktober 1990.

²Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren (Armeeleitbild 95), vom 27. Januar 1992.

Die NATO – vom Ende des kalten Krieges zur Partnerschaft für den Frieden

1949 wurde die NATO vor dem Hintergrund des beginnenden kalten Krieges gegründet. Am Ende des kalten Krieges wurde oft die Frage gestellt, ob es die NATO nun noch brauche?

Die NATO fand die überzeugende Antwort darauf selbst. Sie sieht sich heute als das einzige funktionierende Sicherheitsbündnis und damit Garant für Stabilität und Frieden in Europa. Dabei ging die NATO schon 1990 davon aus, dass diese Stabilität nach Ost-europa transferiert werden müsse.

In mehreren Etappen wurde der Dialog und die Kooperation mit den Ländern Ost- und Mitteleuropas inklusive Sowjetunion/Russland gesucht und aktiv betrieben. Wichtigstes Element wurde die 1994 lancierte Partnerschaft für den Frieden.

Individuelles Programm

Die Inhalte des praktischen Zusammenarbeitens werden einerseits im Präsentationsdokument umschrieben, andererseits im Individuellen Partnerschaftsprogramm (IPP) konkret festgelegt. Das IPP wird jährlich überarbeitet und den Bedürfnissen angepasst.

Die schweizerischen Prioritäten liegen einerseits in der Ausbildung, Verbreitung und Förderung verschiedener Bereiche der Sicherheitspolitik wie Friedenserhaltung und internationales Völkerrecht, der Rüstungskontrolle, des Sanitätsdienstes sowie von Such- und Rettungsoperationen.

Die im IPP 97 der Schweiz definierten Aktivitäten an PfP umfassen 56 von 1000 Angeboten in 14 von 21 von der NATO definierten Kategorien. Insgesamt bietet die Schweiz den Partnern 18 Aktivitäten im Rahmen von rund 2,5 Mio. Franken an. Für die Teilnahme an 38 Aktivitäten der Partner sind rund 200 000 Franken budgetiert.

Angebote der Schweiz

■ Am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik werden verschiedene Kurse angeboten. Diese umfassen die Ausbildung von Verteidigungsattachés, Diplomaten und zivilen Beamten von Verteidigungsministerien in den sicherheitspolitischen Gebieten wie präventive Diplomatie, Abrüstungsfragen, Internationales Völkerrecht, zivile Kontrolle der Streitkräfte, zivil-militä-

rische Kooperation, föderale Strukturen.

■ Durch die Teilnahme an PfP will die Schweiz die Arbeit von Kompetenzzentren in den Bereichen Rüstungskontrolle, Wiederherstellung kriegsgeschädigter Gesellschaften, Internationales Völkerrecht und OSZE finanziell unterstützen und fördern. Zusammen mit der Eidg. Technischen Hochschule Zürich baut die Schweiz ein auf Internet basierendes «International Relations and Security Network» auf und fördert damit den freien Informationsfluss im Bereich der Sicherheitspolitik.

■ Die Schweiz wird 1997 ein Seminar der Nordatlantischen Versammlung (parlamentarische Komponente der NATO und assoziierten Staaten) zum Thema der Rolle der Neutralen Staaten in der europäischen Sicherheitsarchitektur durchführen.

■ Ein dreiwöchiger Militärbeobachterkurs in Bière steht den Partnerstaaten zur Teilnahme offen.

■ An der Zentralen Gebirgskampfschule Andermatt werden Sommer- und Wintergebirgskurse angeboten.

■ Der steigenden Bedeutung des Umganges von Kommandanten mit den Medien wird mit der Öffnung des «Komka II»-Kommunikationskurses an der Stabs- und Kommandantenschule Rechnung getragen.

■ Im Sanitätsbereich werden zwei Spezialkurse «Kriegs- und Katastrophenmedizin» angeboten.

■ Ein zweiwöchiger Kurs über vertrauensbildende Massnahmen soll den Partnern die schweizerische Sicherheitspolitik und Armee näher bringen.

■ Das AC-Labor der Armee in Spiez wird einen Workshop zur Implementierung des C-Waffen-Abkommens durchführen.

■ Das Schweizerische Katastrophenhilfekorps des EDA wird verschiedene Kurse im Bereiche der Katastrophenhilfe sowie der zivilen-militärischen Zusammenarbeit durchführen.

Schweizerische Teilnahmen

Im Rahmen der PfP-Aktivitäten ist ein reger sicherheits- und militärpolitischer Dialog verbunden. Die Schweiz wird insbesondere an Expertentagun-

gen und Seminaren sowie Ausbildungskursen auf den Gebieten militärische und zivile Katastrophenhilfe, Krisenmanagement, demokratische Kontrolle von Streitkräften, Verteidigungsstrukturplanung, Ausbildung von Zivilpolizisten für UN/OSZE-Einsätze, Rüstungskontrolle, Friedenserhaltungsausbildung und Logistik, Sanitätsdienst, Such- und Rettungswesen sowie am Problem der Entminung teilnehmen. Zudem gedenkt die Schweiz mit militärischen und zivilem Personal an Stabsübungen teilzunehmen und Beobachter an PfP-Anlässe zu entsenden, an denen sie nicht selber teilnimmt.

Was bringt PfP der Schweizer Armee?

Die Schweiz ist als neutraler Staat bisher keine militärischen Kontakte zu multinationalen sicherheitspolitischen Organisationen eingegangen. PfP eröffnet die Möglichkeit, mit der NATO

Die Schweiz – vom «Bericht 90» zur Partnerschaft für den Frieden

Die vom Bundesrat im «Bericht 90» skizzierte Sicherheitspolitik sollte mehr als nur militärisch abwehrend und reaktiv sein, sondern die Schweiz sollte aktiv stabilisierend in ihrem Umfeld tätig werden. In einer Serie von Abstimmungen in der ersten Hälfte der 90er Jahre hat der Souverän aber einer eher innengekehrten, auf Neutralität und Unabhängigkeit gründenden Aussen- und Sicherheitspolitik den Vorrang gegeben. Die aussenpolitische, aktive Komponente der Sicherheitspolitik wurde damit praktisch gelähmt.

Dies änderte sich 1996 durch drei wesentliche Ereignisse:

■ Das OSZE-Präsidium der Schweiz. Das Engagement als Präsidialstaat wurde zu einem wichtigen aussenpolitischen Testfall und Impuls. Zudem konnte die Schweizer Bevölkerung sensibilisiert werden.

■ Der Frieden in Bosnien. Die Schweiz war als Präsidialstaat von den Aufgaben der OSZE in Bosnien (Wahlen) besonders gefordert. Eine spezielle «Swiss Headquarter Support Unit» (Gelbmützen) der Armee sicherte die Infrastruktur und den Dienstbetrieb der OSZE in Bosnien. Ausserdem öffnete die Schweiz ihr Hoheitsgebiet für den Transit der IFOR (Luft, Strasse, Schiene).

■ Bundesrat Adolf Ogi erklärte bei seiner Amtsübernahme als Vorsteher des Eidg. Militärdepartementes die Teilnahme an PfP zu einem der Jahresziele 1996.

International Relations and Security Network
<http://www.isn.ethz.ch/>

und ihren Partnern den kooperativen Kontakt und sicherheitspolitischen Dialog aufzunehmen. Dies wird dadurch sichtbar, dass im Rahmen von PfP erstmals militärisches und diplomatisches Personal der Schweiz im NATO-Hauptsitz in Brüssel und in der Partnerschaftszelle in Mons tätig ist.

Der Nutzen für die Armee ist unbestritten. Die Teilnahme an PfP ist zur Norm geworden. Ein Abseitsstehen hätte die Schweiz in die sicherheitspolitische Isolation getrieben. Heute sind wir als gleichberechtigter Partner dabei. Wir können unsere Meinung aktiv in die laufende Diskussion zur europäischen Sicherheitsarchitektur einbringen und damit an der Gestaltung unseres sicherheitspolitischen Umfeldes mitwirken.

Aus der ständigen Präsenz in Brüssel und Mons sind wertvolle Impulse zu erwarten. Obwohl wir nicht aktiv an Truppenübungen und an den Standardisierungsbestrebungen teilnehmen, sind die internen NATO/PfP-Daten für die Schweiz zugänglich. Die Evaluierung dieser Berichte, eventuell Beobachtung von Aktivitäten, wird zur Planung und Konzeption unserer Armee und Sicherheitspolitik der Zukunft wichtige Informationen liefern.

Die Zeiten, in denen sich Minister bilateral gutnachbarschaftliche Besuche abstatteten, sind vorbei. Heute wird Aussenpolitik in multinationalen Organisationen betrieben. Denn es ist klar, dass in einer Welt, die durch kooperative Lösungen im multinationalen Rahmen geprägt ist, eine Politik des Einzelganges nur noch schwer durchführbar und im Resultat bescheiden sein wird. Die Zeit des Trittbrettfahrens ist vorbei. Loyalität wird heute mit aktiv eingebrachten Mitteln und Kooperationsbereitschaft gemessen.

So verstanden kann PfP ein echtes aussen- und sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz werden. ■